

## JETZT REICHT ES UNS:

### MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN UND GEWALT IN ÖSTERREICH

Jetzt reicht es uns tatsächlich!

Eine der zentralen Forderungen der Behinderten und aller Behindertenorganisationen, die Schaffung einer einheitlichen Pflegevorsorge, wird von den Regierungsparteien verzögert, verschleppt und verhindert:

- o zuerst wurde eine diesbezügliche Petition des Österreichischen Zivilinvalidenverbandes, die von den GRÜNEN eingebracht wurde, nicht behandelt
- o dann wurde die Behandlung eines von den GRÜNEN im Parlament eingebrachten Antrages zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage abgelehnt!

In anderen Staaten gibt es bereits Antidiskriminierungsgesetze für Behinderte - in Österreich verhindert das völlige Desinteresse der Koalitionsparteien die Abschaffung von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen. Nicht einmal vor den Wahlen kann sich die Koalition zu irgendwelchen Zusagen überwinden!

**IN ÖSTERREICH WERDEN BEHINDERTE MENSCHEN ABGESCHOBEN UND ENTMÜNDIGT.**

**WIR BEHINDERTE MENSCHEN FORDERN DAHER:**

- o die Schaffung einer bundeseinheitlichen Pflegesicherung
- o die Auszahlung eines Pflegegeldes nach dem tatsächlichen Bedarf und unabhängig vom Einkommen an die betroffenen Personen selbst
- o Abschaffung der großen Pflegeheime

**WIR WEIGERN UNS, NOCH LÄNGER DIE OPFER EINER SOZIALPOLITIK ZU SEIN, DIE NUR AN AUSGRENZUNG UND KOSTENEINSPARUNG INTERESSIERT IST!**

**Behinderte, Betroffene und Unterstützende, kommt und beteiligt euch an unserer MAHNWACHE vor der Stephanskirche ab Fr. 21.9.90, 10 Uhr!**

## FORUM DER BEHINDERTEN- UND KRÖPPELINITIATIVEN

c/o Annemarie Srb  
Ganglbauergasse 11/26, 1160 Wien

### CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE

- 21. 9.90 - Beginn der Mahnwache vor dem Stephansdom
- 22. 9.90 - Brief des ÖVP-Behindertensprechers Feuerstein
- 28. 9.90 - Brief des Forums an Bundeskanzler Vranitzky und Vizekanzler Riegler
- 2.10.90 - Ende der Mahnwache
- 3.10.90 - Überreichung des Manifestes an Bundeskanzler Vranitzky bei einer Wahlveranstaltung im 19. Bez.
- 4.10.90 - Überreichung des Manifestes an Vizekanzler Riegler im Rahmen einer Wahlveranstaltung in der Stadthalle
- 4.10.90 - Antwortschreiben von Vizekanzler Riegler
- 5.10.90 - Antwortschreiben von Bundeskanzler Vranitzky
- 5.10.90 - Bei einer Wahlveranstaltung in Linz wird einem Mitglied des Forums ein Termin beim Bundeskanzler zugesagt
- 7.10.90 - Nationalratswahl
- 18.10.90 - Erinnerungsschreiben an den Bundeskanzler bezüglich des Gespräches in Linz
- 23.10.90 - Erinnerungsschreiben des Forums an Bundeskanzler Vranitzky
- 30.10.90 - Brief des Forums an die Mitglieder von mehreren Verhandlungsteams der Regierungsverhandlungen
- 5.11.90 - Absage von Bundeskanzler Vranitzky
- 5.11.90 - Überreichung des Forums an die 4 neuen Klubobmänner im Rahmen der konstituierenden Nationalratssitzung
- 9.11.90 - Termin bei Vizekanzler Riegler
- 14.11.90 - Beginn des Hungerstreiks

FORUM DER BEHINDERTEN- UND KRÜPPELINITIATIVEN

per Adresse: Annemarie Srb

Ganglbauergasse 11/26

1160 Wien

---

O F F E N E R B R I E F

an die Teilnehmer der Landessozialreferentenkonferenz

in Rust von 29.-30.11.1990

29.11.90

Sehr geehrte Referentinnen und Referenten!

Wir sind ein loser Zusammenschluß von Betroffenen und haben uns den Kampf um unsere Rechte zum Ziel gesetzt.

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, fordern wir:

- 1) die Auszahlung eines Pflegegeldes in der Höhe des tatsächlichen Bedarfes in Form einer bundeseinheitlichen Regelung an die Betroffenen selbst
- 2) Zumindest aber eine bundeseinheitliche Pflegegeldregelung in der gleichen Höhe und nach dem Muster der KOV-Gesetze
- 3) einen einklagbaren Rechtsanspruch auf obige Leistungen
- 4) daß keine öffentlichen Gelder mehr für Heime mit mehr als 30 Insassen verwendet werden.

Weiters fordern wir die kurzfristige Realisierung dieser 4 Punkte.

Das in den Koalitionsverhandlungen vereinbarte Pflegegeld lehnt sich nach Aussagen aus Koalitionskreisen an das sogenannte "Vorarlberger Modell" an.

Zu dieser von den Abgeordneten Feurstein und Guggenberger als "Durchbruch" bezeichneten Vereinbarung ist zu sagen:

- 1) Die Beträge der einzelnen Stufen sind viel zu niedrig und daher für die Betroffenen völlig unzureichend,
- 2) die Finanzierung ist noch völlig offen
- 3) der Beginn dieser Neuregelung ist noch nicht fixiert.

Wie Sie wissen, stellt die derzeitige Situation im Bereich der Pflegegelder eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes dar. Es existiert zweierlei Recht.

Bei einem Gespräch mit Bundesminister Geppert am 23. dieses Monats zu diesem Thema war der Bundesminister bedauerlicherweise nicht bereit, auch nur auf eine einzige dieser Forderungen Zusagen zu machen. Er war nicht einmal bereit, sich für unsere Forderungen einsetzen zu wollen. Vielmehr gab er uns zu verstehen, daß er nichts entscheiden könne, da die weitere Entwicklung sehr wesentlich von den Ländern abhängen würde.

Sie werden sicherlich verstehen, daß wir schon äußerst ungeduldig sind. Seit Jahren sind unsere Forderungen nach Angleichung der bestehenden Leistungen an die der Kriegsopferversorgung allen politisch Verantwortlichen bekannt. Geschehen ist aber nichts.

Wir sind es leid, noch länger Spielball der Auseinandersetzungen zwischen dem Bund und den Ländern zu sein.

Wir fordern Sie daher auf, alles in Ihrer Macht stehende zu tun, damit es ehebaldigst zwischen den Ländern und dem Bund zu einer Lösung kommt, welche die Auszahlung eines Pflegegeldes in der gleichen Höhe und nach dem Muster der Kriegsopferversorgung zum Ziel hat.

FORUM DER BEHINDERTEN- UND KRÜPPELINITIATIVEN